

## Kurzbericht

### Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung

(22. - öffentliche - Sitzung am 24. Oktober 2024)

#### Tagesordnung:

1. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2025 (Haushaltsgesetz 2025 - HG 2025 -)**  
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/4900](#) neu
- b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2024 bis 2028**  
Unterrichtung durch die Landesregierung - [Drs. 19/5206](#)

Der - mitberatende - Ausschuss behandelt den Einzelplan 16 - Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung - unter Einbeziehung der MiPla 2024 bis 2028. Er nimmt die Einbringung durch Ministerin Osigus entgegen und führt die Allgemeine Aussprache sowie die Einzelberatung durch.

Außerdem behandelt er den Einzelplan 02 - Staatskanzlei -, und zwar Kapitel 0202, TGr. 74 - Internationale Beziehungen und grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

Er schließt die Beratung ohne Änderungsempfehlungen für den federführenden Ausschuss für Haushalt und Finanzen ab.

2. **Regionale Daseinsvorsorge und Zusammenhalt in den ländlichen Räumen stärken - Erfahrungen aus dem Modellprojekt „Regionale Versorgungszentren (RVZ)“ weiterentwickeln und landesweit ermöglichen**  
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/5085](#)

Der Ausschuss nimmt eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen und führt darüber eine Aussprache.

3. **Europa in Niedersachsen sichtbar machen: Die Vielfalt der Regionen sozial und ökologisch entwickeln.**  
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/5325](#)

Der Ausschuss beginnt mit der Beratung und bespricht Verfahrensfragen. Er beschließt einstimmig, die Landesregierung um eine Unterrichtung in seiner für den 28. November 2024 vorgesehenen Sitzung zu bitten.

4. **EU-Angelegenheiten und Berichte über Frühwarndokumente**

Schriftliche Unterrichtungen und Unterrichtungswünsche liegen zur Sitzung nicht vor.

## 5. Terminangelegenheiten

Der Ausschuss setzt die Planung seiner parlamentarischen Informationsreise zur Grünen Woche vom 22. bis zum 23. Januar 2025 fort.

Ferner beschließt er, seine parlamentarische Informationsreise nach Brüssel vom 28. bis zum 30. April 2025 vornehmen zu wollen.

Des Weiteren verständigt er sich auf die Reiseziele Athen und Thessaloniki für seine parlamentarische Informationsreise nach Griechenland vom 30. März bis zum 4. April 2025.

Abschließend einigt der Ausschuss sich darauf, auf die für den 21. November 2024 vorgesehene Sitzung zu verzichten und seine Sitzung am 28. November 2024 um 13:00 Uhr zu beginnen.